

B91 12. April 2005

Staatsrechnung 2004

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen die Staatsrechnung 2004.

Das Dokument umfasst

- die Staatsrechnung,
- den Bericht zur Staatsrechnung,
- den Geschäftsbericht des Regierungsrates,
- die Jahresberichte der Departemente und Dienststellen sowie
- die Stellungnahmen und Anträge zu den hängigen Motionen und Postulaten.

Wir beantragen Ihnen, die Staatsrechnung 2004 zu genehmigen und unsere Anträge über die Abschreibung hängiger Motionen und Postulate gutzuheissen.

Luzern, 12. April 2005

Im Namen des Regierungsrates

Der Schultheiss:

Max Pfister

Der Staatsschreiber:

Viktor Baumeler

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A Geschäftsbericht	
I. Bericht zum Legislaturprogramm	9
II. Bericht zu den Zielen und Massnahmen	17
B Staatsrechnung	
I. Beschlüsse des Grossen Rates	
1. Beschluss über die Genehmigung der Staatsrechnung 2004	39
2. Beschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten	41
II. Bericht zur Staatsrechnung	
1. Wertung	49
2. Konjunktur	52
3. Wichtigste Änderungen	53
4. Erläuterungen zum Rechnungsabschluss	55
5. Einzelheiten zur Laufenden Rechnung	59
6. Einzelheiten zur Investitionsrechnung	71
7. Einzelheiten zur Bestandesrechnung	74
III. Jahresberichte der WOV-/LOS-Dienststellen	
1. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement	79
2. Bildungs- und Kulturdepartement	97
3. Finanzdepartement	179
4. Gesundheits- und Sozialdepartement	198
5. Justiz- und Sicherheitsdepartement	242
IV. Jahresberichte der Nicht-WOV-Dienststellen	
1. Allgemeine Verwaltung	277
2. Bildungs- und Kulturdepartement	279
3. Finanzdepartement	286
4. Justiz- und Sicherheitsdepartement	289

Inhaltsverzeichnis

V. Verwaltungsrechnung

1. Zusammenzüge	294
2. Laufende Rechnung	295
3. Investitionsrechnung	331
4. Artengliederung	340
5. Funktionale Gliederung	345

VI. Bestandesrechnung

1. Bestandesrechnung per 31. Dezember 2004	355
2. Anhänge zur Bestandesrechnung	357

VII. Anhänge zur Staatsrechnung

1. Fondsrechnung	397
2. Kreditübertragungen	400
3. Detailbegründungen der Nicht-WOV-Dienststellen	401
4. Sonderkredit-Kontrollen	408
5. Verwendung der Lotterie-Erträge 2004	413
6. Anzahl Vollzeitstellen	415

C Motionen und Postulate

1. Staatskanzlei	421
2. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement	421
3. Bildungs- und Kulturdepartement	427
4. Finanzdepartement	431
5. Gesundheits- und Sozialdepartement	440
6. Justiz- und Sicherheitsdepartement	444

D Register der Dienststellen

451



A Geschäftsbericht



I. Bericht zum Legislaturprogramm

Bericht zum Legislaturprogramm

Im Legislaturprogramm 2003 – 2007, das Ihr Rat in der Märzsession 2004 zustimmend zur Kenntnis genommen hat, haben wir drei Hauptziele formuliert:

- Wir wollen den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen.
- Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.
- Wir werden unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen.

Inwieweit es uns im Berichtsjahr 2004 gelungen ist, die im Legislaturprogramm dargelegten Ziele zu erreichen und die dafür notwendigen Massnahmen umzusetzen, ist dem nachfolgenden Kapitel zu entnehmen. Die folgenden Aspekte scheinen uns besonders erwähnenswert.

Gezielte Steuerentlastungen

Wenn der Kanton Luzern für seine Bürgerinnen und Bürger und im Standortwettbewerb attraktiv bleiben will, muss er seine moderate Steuersenkungspolitik weiterführen. Wir halten am Ziel fest, die Steuerbelastung im Kanton Luzern an das schweizerische Mittel anzunähern

Sie haben im Berichtsjahr eine Steuergesetzrevision beschlossen, die am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden insgesamt 63 Millionen Franken weniger Steuern bezahlen müssen. Zum einen werden tiefere Einkommen steuerlich entlastet, zum andern wird das Steuerrecht für Unternehmen attraktiver („Nidwaldner Modell“).

Reform 06

Der Luzerner Staatshaushalt lässt sich dauerhaft nur ins Lot bringen, wenn die Leistungen des Staates mit den vorhandenen finanziellen Mitteln im Gleichgewicht sind. Ohne Leistungsabbau werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Herkömmliche Sparmassnahmen reichen dafür nicht mehr aus.

Wir haben deshalb beschlossen, das Projekt „Reform 06“ in Angriff zu nehmen. Wir werden untersuchen, welche staatlichen Leistungen künftig nur noch beschränkt oder gar nicht mehr erbracht werden sollen und welche Organisationseinheiten des Kantons aufgehoben werden können. Große geplante Projekte müssen gestrichen oder deutlich redimensioniert werden. Die Bereiche Bildung, Spitäler, soziale Wohlfahrt und Verkehr werden von den Abbaumassnahmen am stärksten betroffen sein. Dort fallen die Hauptausgaben an und dort erwarten wir das grösste Wachstum.

Das Projekt Reform 06 soll eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushaltes um insgesamt 60 Millionen Franken bewirken und dafür sorgen, dass keine Neuverschuldung erfolgt (Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100%). Auf lineare Lohnkürzungen wollen wir dabei verzichten. Die regierungsrätliche Kommission Reform 06, der Vertreter aus allen Fraktionen Ihres Rates angehören, hat den Auftrag, bis 30. Juni 2005 aufzuzeigen, wie der Leistungskatalog des Kantons reformiert und wie diese Leistungen künftig effizienter erbracht werden können.

Finanzreform 08

Trotz der Ablehnung des Steuerpaketes des Bundes im Mai 2004 stehen sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler Ebene steuerliche Veränderungen an: Neuauflage der Familienbesteuerung, Tarifrevision, Unternehmenssteuerreform usw. Das Ja zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in der Abstimmung vom 28. November 2004 hat massive finanzielle und organisatorische Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden.

Wir haben daher das Projekt Finanzreform 08 lanciert, um gemeinsam mit den Gemeinden (Verband Luzerner Gemeinden VLG) zu definieren, wie die Finanzen zwischen Kanton und Gemeinden neu aufgeteilt werden sollen.

Die NFA des Bundes verlangt Verfassungsänderungen, Gesetzesanpassungen und neue Verordnungen in über 50 Aufgabengebieten bei Bund und Kantonen. Neue Rahmenges-

setze müssen in neue Konzepte mit Leistungsvereinbarungen und einem Controllingsystem umgesetzt werden. Neben den beiden Teilrevisionen des Steuergesetzes im Kanton und der Aufgabenzuteilung Kanton-Gemeinden sind auf kantonaler Ebene weitere Projekte mit finanzpolitischer Relevanz in Arbeit: Totalrevision des Gemeindegesetzes mit dem neuen Finanzhaushaltsrecht für die Gemeinden, Einführung der Kostenrechnung für die Gemeinden, Wirkungsbericht des Finanzausgleichs und die Berechnung der neuen Volksschulfinanzierung aufgrund effektiver Betriebskosten. Sie alle haben einen Bezug zum Projekt Finanzreformen 08.

Die NFA des Bundes soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Ziel ist es, auf diesen Zeitpunkt auch die Aufgabenzuteilung Kanton-Gemeinden unter Beachtung der Steuergesetzrevision und der anderen kantonalen finanzpolitischen Geschäfte umzusetzen. Das ist äusserst anspruchsvoll. Es wird nur gelingen, wenn Kanton und Gemeinden ihre Kräfte bündeln und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Neue Verfassung

Die Verfassungskommission hat am 25. Juni 2004 unter dem Vorsitz von Franz Wicki den Entwurf für eine neue Verfassung zu Ende beraten und verabschiedet. In zweijähriger Arbeit ist ein Verfassungsentwurf entstanden, der als Grundlage für die weitere Diskussion dient.

Zum Entwurf der Verfassungskommission haben sich Private und Organisationen während vier Monaten (28. August bis 31. Dezember 2004) in einem Vernehmlassungsverfahren äussern können. Die über 3000 Antworten werden nun ausgewertet. Die Verfassungskommission wird im ersten Quartal 2005 dem Regierungsrat Empfehlungen abgeben. Wir werden anschliessend den Verfassungsentwurf beraten und die Botschaft an den Grossen Rat verabschieden.

Moderne politische Steuerungsinstrumente

Der Kanton Luzern verfügt heute über moderne politische Steuerungsinstrumente (Legislaturprogramm, Integrierter Finanz- und Aufgabenplan, Voranschlag und Staatsrechnung). Im Zuge der flächendeckenden Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) wurden und werden diese Instrumente sukzessive angepasst und verbessert. Ziel ist die Durchgängigkeit der Instrumente vom Legislaturprogramm bis zum betrieblichen Leistungsauftrag der einzelnen Dienststellen, ja sogar bis zum Stellenbeschrieb der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Integrierten Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) 2005 bis 2009 konnte diese Zielsetzung bereits weitgehend erreicht werden.

Der Kanton Luzern ist 2004 für die Weiterentwicklung seiner politischen Steuerungsinstrumente von der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW) ausgezeichnet worden. Der Kanton erhielt den Preis in der Kategorie „Strategie / Politik / Governance“.

Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft

Die Anstrengungen zur Optimierung der Standortqualität wurden beharrlich weitergeführt. Im Planungsbericht über die administrative Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen haben wir aufgezeigt, wie der Kanton Luzern eine schweizerische Führungsrolle in diesem Bereich übernehmen will. Für die Wirtschaftsförderung ist eine neue Zusammenarbeitsstruktur, welche die Kräfte, die finanziellen Ressourcen und das professionelle Know-how bündelt, in die Wege geleitet. Das vorgesehene neue Public-Privat-Partnership-Modell, das 2005 konkretisiert werden soll, wird es ermöglichen, den Auftritt unter der Marke „Wirtschaftsförderung Luzern“ im operativen Bereich effektiver auszustalten.

Agglomerationsprogramm Luzern

Das Agglomerationsprogramm Luzern liegt vor und wird im Frühjahr 2005 beim Bund zur Vorprüfung eingereicht. Das Programm, das der Kanton und die Stadt Luzern zusammen mit den Agglomerationsgemeinden erarbeitet haben, soll eine koordinierte Entwicklung der Agglomeration sicherstellen und dient als Grundlage für ein finanzielles Engagement des Bundes beim Agglomerationsverkehr.

S-Bahn Luzern

Der Start der S-Bahn Luzern ist gegückt. Die Anstrengungen für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Luzern haben sich gelohnt und werden weitergeführt.

Die S-Bahn Luzern, tragendes Element der Gesamtverkehrstrategie des Kantons Luzern, soll in drei Etappen realisiert werden. Die erste Etappe wurde mit dem Fahrplanwechsel

vom 12. Dezember 2004 abgeschlossen. Das Vorgehen bei der weiteren Planung und Umsetzung des Projekts, die notwendigen Infrastrukturausbauten, die Kosten und die Finanzierung haben wir im Planungsbericht S-Bahn Luzern aufgezeigt, den Ihr Rat im März 2004 zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Die hohe Kadenz im öffentlichen Verkehr wird auch in den kommenden Jahren anhalten und uns fordern. Die Realisierung der 2. Etappe der S-Bahn Luzern ist bereits in vollem Gange und für die 3. Etappe werden derzeit wichtige Weichen gestellt. 2004 wurden die neuen S-Bahn-Stationen Baldegg Kloster, Buchrain, Wolhusen Weid und Kriens Mattenhof in Betrieb genommen.

Autobahnzubringer Rontal

Der Autobahnzubringer Rontal schafft die für die wirtschaftliche Entwicklung des Rontals erforderlichen Verkehrskapazitäten und stärkt den Wirtschaftsstandort Luzern. Das Projekt beinhaltet den Bau einer 1419 Meter langen Hauptverkehrsstrasse, wovon 1030 Meter in einem Tunnel und über eine gedeckte Brücke verlaufen. Wir haben Ihnen die entsprechende Botschaft zugestellt. Der zu bewilligende Baukredit beträgt 100 Millionen Franken.

Der Autobahnanschluss Schlund wurde im Berichtsjahr fertiggestellt (ESP Schlund). Die Bauarbeiten beim Anschluss Emmen Süd wurden aufgenommen und die Planauflage für den Anschluss Rothenburg erfolgt Anfang 2005 (ESP Rothenburg-Station).

Schulentwicklung nach 2005

Wir haben Ihnen den Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 an den Volkschulen des Kantons Luzern unterbreitet. Er zeigt die Entwicklungsschwerpunkte in der Volksschule auf, welche nach 2005 gesetzt werden. Für die einzelnen Schwerpunkte werden die Ziele, die Massnahmen, die Umsetzungsarbeiten und die Kosten beschrieben. Die zahlreichen Rückmeldungen aus „Schule in Diskussion“ sind in diesem Bericht ebenso berücksichtigt wie die aktuellen Entwicklungsvorhaben auf regionaler und schweizerischer Ebene.

Besoldungsrecht für Lehrpersonen

Anfang April 2004 haben wir die Vernehmlassung zur neuen Besoldungsordnung für die Lehrpersonen und die Fachpersonen der schulischen Dienste eröffnet. Zur Stellungnahme eingeladen waren Verbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und weitere interessierte Kreise. Die Stellungnahmen sind in die Botschaft, die wir Ihnen zugeleitet haben, eingeflossen.

Das neue Besoldungssystem für Lehrpersonen übernimmt wesentliche Elemente des Besoldungssystems für das Staatspersonal, berücksichtigt die Eigenheiten des Lehrberufs und erfüllt die Forderung nach höheren Einstieglöhnen. Ein wesentlicher Unterschied zum Besoldungssystem für das Staatspersonal ist der vorläufige Verzicht auf ein lohnwirksames Qualifikationssystem. Die Beurteilung der Lehrpersonen ist an vielen Schulen noch nicht institutionalisiert oder noch nicht erprobt.

Renaissance des Lehrberufs

Die Botschaft „Renaissance des Lehrberufs“, die wir Ihnen zugeleitet haben, zielt darauf ab, den Arbeitsplatz Schule attraktiver zu machen. Die Aufgaben der Schule und der Lehrberuf haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert. Die Gesellschaft erkennt aber zu wenig, wie sich die öffentliche Schule professionalisiert hat. Studien zur Arbeitsbelastung zeigen, dass die meisten Lehrpersonen ihren Beruf attraktiv finden und gerne unterrichten. Hingegen beurteilen sie einzelne Aspekte des Berufs als unbefriedigend, insbesondere die zunehmende Belastung, das Ansehen in der Öffentlichkeit, die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und die Besoldung. Wir sind bereit, die notwendigen finanziellen und personellen Mittel dafür einzusetzen, um die Situation zu verbessern.

Neues Berufsbildungsgesetz

Wir haben Ihnen die Botschaft zum Entwurf eines Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung zugestellt. Es bildet auf kantonaler Ebene die Neuerungen des am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes ab. Das neue Bundesgesetz trägt dem markanten Wandel in der Berufs- und Arbeitswelt und den damit verbundenen Bedürfnissen Rechnung. In den letzten Jahren sind zahlreiche neue Berufe entstanden. Die dynamische Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und andere Wachstumsbereiche verlangen von der Berufsbildung eine rasche Anpassung an neue Anforderungen.

Universität Luzern

Die Universität Luzern soll im Postbetriebsgebäude beim Bahnhof gebaut werden. Diesen Standortentscheid haben wir aufgrund der einstimmigen Empfehlung der grossräumlichen Spezialkommission Planungsbericht Universität gefällt.

Das Postbetriebsgebäude hat mehr Fläche als die Universität bei einem Vollausbau benötigen wird. Die freien Flächen bieten die Möglichkeit, auch Schulraumprobleme in der Agglomeration zu entschärfen. Ein vorläufiges Nutzungskonzept sieht vor, neben der Universität im Postbetriebsgebäude einen grösseren Teil der Pädagogischen Hochschule Luzern unterzubringen. Damit können das Schulzentrum Musegg und die Kantonsschule Alpenquai entlastet werden. Auf die Miete oder den Bau eines weiteren Schulgebäudes, das mindestens 30 Millionen Franken kosten würde, kann verzichtet werden.

Für den Erwerb sowie den Um- und Ausbau des gesamten Postbetriebsgebäudes müssen rund 145 Millionen Franken investiert werden: 110 Millionen Franken für die Universität, 35 Millionen Franken für die Pädagogische Hochschule Luzern. Die Botschaft zum Projektierungskredit werden wir Ihnen im Mai 2005 unterbreiten. Anschliessend werden wir das Wettbewerbsverfahren Kasernenplatz abbrechen.

Versorgungsplanung Gesundheit

Wir haben im Oktober 2004 die Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes verabschiedet und Ihrem Rat zugeleitet. Der Bericht «Versorgungsplanung Gesundheit des Kantons Luzern» liegt vor. In der Projektgruppe haben alle von der Planung betroffenen Leistungsanbieter im Gesundheitswesen mitgearbeitet. Wir haben den Bericht zur Kenntnis genommen.

Der Bericht dient als Grundlage für einen Planungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind noch nicht detailliert ausgearbeitet. Insbesondere wird abzuklären sein, ob und wie weit einzelne Massnahmen und Projekte unter finanz- und versorgungspolitischen Gesichtspunkten verwirklicht werden können.

Der Luzerner Bevölkerung soll auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes und qualitativ gutes Angebot an medizinischen Leistungen zur Verfügung gestellt werden („wirksam, zweckmässig, wirtschaftlich“). Die Grundversorgung soll in allen Regionen angemessen sichergestellt, das Angebot innerkantonal und interkantonal möglichst koordiniert sein. Neu werden bei der Versorgungsplanung auch die privaten Spitäler sowie die übrigen Leistungsanbieter im Gesundheitswesen berücksichtigt.

Die Projektgruppe hatte den Auftrag, nicht nur Versorgungslücken sondern auch allfälliges Sparpotenzial aufzuzeigen. Sie kommt zum Schluss, dass das Gesundheitsangebot im Kanton Luzern ausreichend, regional gut verteilt und qualitativ gut ist. Eigentliche Überkapazitäten seien nicht auszumachen. An verschiedenen Orten bestehe indessen Optimierungspotenzial.

Neue Führungsstruktur am Kantonsspital

Das Kantonsspital Luzern hat eine neue Leitungs- und Organisationsstruktur. Die Reorganisation ist mehr als ein kosmetischer Eingriff: An der Spitze des Kantonsspitals steht neu der bisherige Spitaldirektor als CEO (Chief Executive Officer). Ihm steht die Spitalleitung als erweitertes Führungsorgan zur Seite. Der Spitalleitung gehören neben dem CEO die Vorsteherinnen und Vorsteher der neuen Departemente Chirurgie, Medizin, Pflege und Soziales, Institute, Kinderspital, Spezialkliniken sowie Betriebswirtschaft und Infrastruktur an.

Mit den neuen Strukturen wappnet sich das Kantonsspital gegen die sich ständig ändernden Bedingungen im dynamischen, komplexen Umfeld des Gesundheitswesens. Die Zentrumsfunktion soll weiter gestärkt und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden. Oberstes Ziel ist und bleibt eine optimale Behandlung der Patientinnen und Patienten.

Neues Abgeltungssystem Kaderärzte Spitäler

Wir haben im November 2003 das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) beauftragt, die Anstellungsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte an den öffentlichen Spitäler zu überprüfen. Die vom GSD eingesetzte Arbeitsgruppe (LAOLA) hat Ende Juni 2004 die Vorstudie abgeschlossen. Der Abschluss der Konzeptphase erfolgt im Jahr 2005. Die Einführung der neuen Anstellungsordnung ist per 1.1.2006 vorgesehen. Damit die neue Anstellungsordnung auf diesen Termin in Kraft gesetzt werden kann, ist eine Gesetzesänderung notwendig, welche bei der privatärztlichen Tätigkeit das gespaltene

Rechtsverhältnis zu Gunsten des einheitlichen Rechtsverhältnisses ablöst. Die Neuordnung ist Teil der laufenden Revision des Gesundheitsgesetzes.

Kulturlastenvereinbarung für den Raum Zentralschweiz-Zürich

Die finanziellen Lasten der Kultureinrichtungen sind für die Standortkantone und die Standortgemeinden hoch, für Luzern über 25 Mio. Franken, für Zürich weit über 100 Mio. Franken. Die Abgeltungsleistungen für diese kulturelle Infrastruktur durch die mitbenutzenden Nachbarkantone ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen politischen Anliegen der interkantonalen Zusammenarbeit geworden.

Die interkantonalen Kulturlastenvereinbarung regelt die gegenseitige Beteiligung an den ungedeckten Kosten von überregionalen Kultureinrichtungen. Die Parlamente der Kantone Zürich und Luzern haben der Vereinbarung bereits zugestimmt. Für ihr Inkrafttreten bedarf es noch der Zustimmung der Kantonsparlamente Schwyz und Zug. Die Vereinbarung hat Pilotcharakter im Hinblick auf den interkantonalen Kulturlastenausgleich als Teil der angestrebten Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

Die Vereinbarung sieht erstmals rechtlich verbindliche Abgeltungszahlungen für die Benützung und den Besuch der Angebote des Opernhauses, des Schauspielhauses und der Tonhalle Zürich, des Luzerner Theaters, des Luzerner Sinfonieorchesters und des Kultur- und Kongresszentrums Luzern durch Personen aus den Kantonen Zürich, Luzern, Schwyz und Zug vor. Der Kreis dieser nach qualifizierten Kriterien ausgewählten Kulturbetriebe ist bewusst eng gehalten, um den angestrebten Beitritt weiterer Kantone zu dieser Vereinbarung zu erleichtern. Der Kanton Luzern wird durch diese interkantonale Zusammenarbeitsform voraussichtlich um nahezu eine Million Franken pro Jahr entlastet.

Interkantonale Zusammenarbeit

Das Konkordat „Interkantonale Polizeischule Hitzkirch“ ist zustande gekommen und unterzeichnet. Die neue Polizeischule wird im Herbst 2007 eröffnet. Mit dem Projekt Polizei XXI wollen wir die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz verbessern und intensivieren. Die Vorarbeiten sind erledigt, die konkreten Ziele und Aufgabenbereiche werden 2005 definiert. Der gemeinsame Massnahmenplan Luftreinhaltung der Zentralschweizer Umweltschutzdirektoren wird zurzeit umgesetzt. Ihr Rat hat im Dezember 2004 dem Dekret über den Beitritt zum Konkordat über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht zugestimmt. Sofern auch die Parlamente der Kantone Zug und Schwyz dem Konkordat zustimmen, kann die neue BVG- und Stiftungsaufsicht ihre Arbeit Anfang 2006 aufnehmen.



II. Bericht zu den Zielen und Massnahmen

Bericht zu den Zielen und Massnahmen

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
1.	Eine Staatsorganisation für die Zukunft Die grossen Reformprojekte – Luzern '99, wirkungsorientierte Verwaltung WOV und neuer Finanzausgleich – haben die Regierungs- und Verwaltungsarbeit im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren verbessert. Dem Kanton gelingt es, die meisten Aufgaben speditiv, preiswert und kundenorientiert zu erfüllen.				
1.1	Wir wollen die Organisation unseres Staates weiter verbessern und zukunftsfähig erhalten				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Reform 2006	FD	2006	-	Die regierungsrätliche Kommission mit acht Grossrättinnen und Grossräten hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird bis Mitte 2005 einen Bericht mit möglichen Reformprojekten zuhanden des Regierungsrates verfassen.
1.2	Erarbeitung einer neuen Staatsverfassung. Sie soll verständlich, übersichtlich und in moderner Sprache abgefasst sein				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Vernehmlassung neue Staatsverfassung	JSD	2005	0.3.1	Die Vernehmlassungsfrist dauerte von Ende August bis Ende Dezember 2004. Der Vernehmlassungsbericht liegt im 1. Quartal 2005 vor.
	Volksabstimmung zur neuen Staatsverfassung	JSD	2007	0.3.1	Gemäss Terminplanung kann dies eingehalten werden.
1.3	Bemerkung des Grossen Rates Der Kanton leistet gezielte, effiziente und nachhaltige Förderung aller Regionen.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Gemeinsame Erarbeitung des Entwurfs Waldentwicklungsplan Entlebuch mit der UnescoBiosphäre Entlebuch.	BUWD	2006	-	Im Oktober 2004 erfolgreich angelaufen; Entwurf liegt April 2005 vor; Vorlage an den Regierungsrat 2005
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „Ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2007	-	Auslegeordnung betreffend Auswirkungen und Umsetzung im ländlichen Raum des Kantons im Jahr 2005
	Inbetriebnahme S-Bahn ganzes Kantonsgebiet (siehe auch Ziele Nr. 12.2 und 12.5).	BUWD	2004	6.1.1	Inbetriebnahme 1. Etappe S-Bahn Luzern mit dem Fahrplanwechsel 12. 12. 2004 erfüllt.
2.	Selbständige Gemeinden Der Regierungsrat hat mit Luzern '99 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der die Gemeinden in ihrer Autonomie stärken wird. Zukunftsfähige Verwaltungseinheiten durch Gemeindefusionen, neue Zusammenarbeitsmodelle und der neue Finanzausgleich versetzen die Gemeinden in die Lage, selbständiger als bisher über ihre Mittel zu verfügen und sie wirksam einzusetzen.				
2.1	Wir führen das Projekt Gemeindereform 2000+ im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons weiter.				

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Aufgabenteilungsprojekt Kultur: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revision Denkmalschutzgesetz und Kulturförderungsgesetz).	BKD	2008	3.3.2 und 3.3.3	Der Schlussbericht der Projektorganisation zur Aufgabenteilung Kultur wurde 2004 abgeschlossen; die Ergebnisse werden in das Projekt Finanzreform 08 integriert, insbesondere auch die neue Lastenverteilung Kultur zwischen Stadt/Region Luzern und Kanton. Bauinventar: Der Regierungsrat hat die Erstellung des dringend notwendigen Bauinventars aus finanziellen Gründen vorerst zurückgestellt.
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen. Übernahme Trägerschaft durch Kanton gemäss Vertrag mit der Stadt Luzern (Mittelschuloptimierung) auf 2007 vorgesehen.	BKD	2007	-	Ein gemeinsames Realisierungsprojekt von Stadt und Kanton Luzern ist gestartet worden. Der Projektantrag ist erteilt, die Projektorganisation etabliert. Der Schlussbericht kann dem Regierungsrat voraussichtlich 2006 vorgelegt werden.
	Kantonales Anschlussprojekt NFA in Zusammenarbeit mit den Gemeinden.	FD	2005-2007	-	Wir haben das Projekt „Finanzreform 08“ gestartet. Die Gemeinden sind durch den Verband Luzerner Gemeinden (VLG) in der Projektorganisation vertreten. Die Botschaft an das Parlament ist für Herbst 2006 zu erwarten. Die Vorlage wird Ende 2007 einer obligatorischen Volksabstimmung unterbreitet.
	Aufgabenteilungsprojekt gesellschaftliche Integration und Soziales: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen und Erstellen eines Vernehmlassungsentwurfs.	GSD	2006	-	Das Teilprojekt ist neu ins Gesamtprojekt Finanzreform 08 integriert. Im Berichtsjahr hat eine Vernehmlassung beim Verband Luzerner Gemeinden (VLG) stattgefunden. Der Auftrag ist insofern korrigiert, als im Jahr 2005 die Gesetzesänderungen vorzubereiten sind. Die Vernehmlassung soll dann im Rahmen des Gesamtprojekts durchgeführt werden.
	Wirkungsbericht zum kantonalen Finanzausgleich.	JSD	2005	-	Die Projektgruppe, zusammengesetzt aus Vertretern des Kantons und des VLG, bereitet den Bericht zuhanden des Regierungsrates vor. Dieser wird den Wirkungsbericht in der zweiten Hälfte 2005 dem Grossen Rat vorlegen.
3.	Starkes Zentrum für einen starken Kanton <i>In der dicht besiedelten, kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert (für jede Aufgabe eine spezielle Organisation). Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, diese Zusammenarbeit zu vereinfachen. Wir unterstützen die Diskussion über eine markante Vergrösserung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Zusammenschluss von Gemeinden.</i>				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	- Mitarbeit bei PASL (Projekt Agglomeration Stadt Luzern)	JSD			Die Bemühungen für eine Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern im Rahmen des Projekts PASL werden unterstützt. Es liegt ein Feinkonzept vor, über das im Mai 2005 entschieden wird.
4.	Grenzen überwinden <i>Wir führen die enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen weiter. Langfristig halten wir das Zusammenwachsen der Zentralschweiz zu einem einheitlichen Lebensraum für wünschbar.</i>				

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Gemeinsame Regelung der Ursprungsbezeichnungen (AOC) der Zentralschweizer Kantone mit den Branchenverbänden.	BUWD	2005	-	Die Gespräche mit den Zentralschweizer Kantonen sind im Gang; sie können noch 2005 abgeschlossen werden.
	Zentralschweizer Umwelddirektorenkonferenz (ZUDK): Umsetzung des gemeinsamen Massnahmenplanes Luftreinhaltung.	BUWD	2004 – 2007	-	Der Regierungsbeschluss liegt vor; Massnahmen sind in Umsetzung; Wegleitung „publikumsintensive Anlagen“ wird 2005 erlassen.
	Überprüfung der Zusammenführung der Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2008	-	Eine Zentralschweizer AG hat einen Zwischenbericht mit einer Analyse der strukturellen Probleme der Trägerschaftsstrukturen an der FHZ vorgelegt. Nach der Vernehmlassung in allen Konkordatskantonen wird der Konkordatsrat im Frühjahr 05 das weitere Vorgehen beraten.
	Verhandlungen mit den Kantonen OW, NW, ZG betreffend Errichtung eines gemeinsamen Dienstleistungszentrums Opferhilfe.	GSD	2005	-	Die Bereinigung des Zusammenarbeitsvertrags ist weitestgehend abgeschlossen. Im Jahr 2005 kann das Beitrittsverfahren durchgeführt werden.
	Zentralschweizer Lösung für ein gemeinsames Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht.	JSD	2006	-	Der Grosse Rat des Kantons Luzern hat im Dezember 2004 dem Entwurf eines Dekrets über den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat über die Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht zugestimmt (B 63). Die Parlamente der Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri haben Ende 2004 dem Konkordat ebenfalls zugestimmt. Die Parlamente der Kantone Zug und Schwyz werden dieses Geschäft im Frühjahr 2005 behandeln. Fallen die Entscheide positiv aus, kann die Schweizer BVG-Stiftung ihre operative Tätigkeit voraussichtlich am 1. Januar 2006 aufnehmen.
4.2	Wir orientieren uns gleichzeitig stärker Richtung Zürich, Aargau und Nordwestschweiz. Wir wollen die Zusammenarbeit mit diesen Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Raumplanung, Sicherheit, Verkehr und Kultur ausbauen.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Gemeinsame Planung und Bestellung von grenzüberschreitenden Bahnangeboten mit Nachbarkantonen.	BUWD	2004 – 2007	-	Einführung von neuen Zugsangeboten (Regionalexpress Luzern-Olten und Luzern-Langnau-Bern, Intercity Luzern-Bern-Genf mit Halt in Sursee via Neubaustrecke).
	Weiterpflegen der bestehenden, vielfältigen Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Baudepartements des Kantons Aargau.	BUWD	2004 – 2007	-	Erfüllt; wird fortgeführt.
	Zusammenschluss der Kantone entlang der Gotthardachse im Gotthard-Komitee.	BÜWD	2004 – 2007	-	Wahrung der Interessen an der Gotthardachse ist Daueraufgabe.
	Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen.	BKD	2005	-	Die Kantone ZH und LU sind 2004 beigetreten; die Kantone SZ und ZG (Parlamente) werden im Frühjahr 2005 beschliessen.
	Realisierung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK).	BKD	ab 2005	-	Im Rahmen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz werden gegenwärtig Vorarbeiten für zwei Projekte geleistet, für die Erarbeitung von Leistungsmessungen in der Volkschule sowie für ein Benchmarking für die Schulen der Sekundarstufe II. Erfolgreich gestartet ist ein Vorhaben für die externe Schulevaluation an der Sekundarstufe II, welche von einer Fachstelle der Nordwestschweizer Kantone durchgeführt wird

Nr.	Ziel				Zielerreichung/Bemerkungen
4.3	Aufbau und Realisierung der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.	JSD	2007	-	Das Konkordat über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch ist zu Stande gekommen. Alle vorgesehenen Konkordatspartner haben dem Beitritt zugestimmt. Die Eröffnung der Schule ist auf den Herbst 2007 geplant.
	Aufnahme der Haftanstalt und des Untersuchungsgefängnisses Grosshof in das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Zentralschweiz.	JSD	2007	-	Die Stellung des Grosshofs im Konkordat muss im Rahmen der anstehenden Neuordnung des Konkordates neu definiert werden. Anlässlich der Konkordatskonferenz im April 2004 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der der Kanton Luzern seit November 2004 vertreten ist. Auf der Ebene der Gruppe Justizvollzug wird ein Projektauftrag erarbeitet.
4.3	Wir lehnen isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone ab				
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe	
4.4	Wir verfolgen gegenüber unseren Nachbarkantonen eine Politik der fairen Abgeltung von Zentrumsleistungen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Kantonen macht nur dann Sinn, wenn davon auch der Kanton Luzern profitiert.				
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe	
	Unterstützung des Projektes der Zentralschweizer Finanzdirektoren über die Abgeltung von Standortvorteilen.	FD	2004-2007	-	Wir arbeiten am Grundlagenpapier über die Abgeltung von Standortvorteilen der Zentralschweizer Regierungskonferenz mit. Die Zentralschweizer Regierungen werden 2005 darüber beschliessen.
	Entwicklung aller Schulabkommen in Richtung volle Kostenabgeltung.	BKD	2005	-	
5.	Verwaltung weiter straffen Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2002 der Volksinitiative „für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung“ und damit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder zugestimmt. Wir haben die Departemente neu gegliedert und dabei darauf geachtet, dass möglichst homogene Aufgabenbereiche entstehen, dass die Arbeitsbelastung gleichmäßig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher verteilt wird und dass das politische Gewicht der einzelnen Departemente möglichst ausgeglichen ist.				
5.1	Wir wollen in einer zweiten Phase der Departementsreform die Synergien nutzen, die durch die Reduktion auf fünf Departemente entstanden sind. Die Organisation soll weiter gestrafft und Verwaltungsabläufe sollen vereinfacht werden.				
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe	
	Überprüfung und Optimierung von Organisation und Leistungen im Bildungs- und Kulturdepartement.	BKD	2005	-	Ist ein seit Jahren laufender Prozess. Im Zuge der Verzichtsplanung 06 werden Aufgabenverteilung und Leistungserbringer grundsätzlich überdacht.
	Einheitliche Informatikstrategie für die Verwaltung erarbeiten und umsetzen.	FD	2005 - 2007	-	Wir werden eine neue Informatikstrategie bis Ende 2005 beschliessen.
	Ablösung Lohnsystem LUPIS: Mit der neuen Software sollen die Prozesse vereinheitlicht und vereinfacht werden.	FD	2006	0.1.1	Wir führen das neue Informatiksystem auf 1.1.2006 ein.
	Optimierung der Verwaltung der kantonalen Liegenschaften.	FD	2007	-	Wir haben eine Machbarkeitsstudie gestartet. Wir wollen die Abläufe verbessern und die Bewirtschaftung transparenter gestalten.

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen																		
5.2	Nutzen des Datenpools für die automatisierte Übermittlung von Abstimmungs- und Wahlresultaten der Gemeinden an den Kanton.	JSD	2005	-	Abklärungen, ob dies wirtschaftlich sinnvoll ist, sind für 2005 geplant.															
	Möglichkeiten zur Effizienz- und Qualitätsverbesserung in der Rechnungsführung prüfen.	FD	2005	-	Das Projekt ist in Arbeit. Erste Entscheide sind Mitte 2005 geplant.															
Wir werden innerhalb der Departemente noch Feinabstimmungen vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, einzelne Tätigkeitsbereiche von Dienststellen abtrennen oder auch departementsübergreifend einer anderen Dienststelle zuordnen oder bestimmte Aufgaben auf Stellen ausserhalb der Zentralverwaltung übertragen.																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th><i>Massnahmen:</i></th> <th><i>Verant-wortlich</i></th> <th><i>Termin</i></th> <th><i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Zusammenführung der Kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg.</td> <td>BKD</td> <td>2006</td> <td>2.2.10</td> </tr> <tr> <td>Überführung des Instituts für schulische Heilpädagogik und der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.</td> <td>BKD</td> <td>2005</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>Reduktion der schulischen Dienststellen im Bereich Berufsbildung von neun auf vier Dienststellen.</td> <td>BKD</td> <td>2005</td> <td>2.1.6</td> </tr> </tbody> </table>				<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	Zusammenführung der Kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10	Überführung des Instituts für schulische Heilpädagogik und der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2005	-	Reduktion der schulischen Dienststellen im Bereich Berufsbildung von neun auf vier Dienststellen.	BKD	2005	2.1.6	
<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>																	
Zusammenführung der Kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10																	
Überführung des Instituts für schulische Heilpädagogik und der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2005	-																	
Reduktion der schulischen Dienststellen im Bereich Berufsbildung von neun auf vier Dienststellen.	BKD	2005	2.1.6																	
6. Wirkungsorientiert, aber einfacher <i>Im Jahr 2005 wird die wirkungsorientierte Verwaltung flächendeckend eingeführt sein. Das neue Verwaltungsmodell funktioniert, die angestrebte Kosten- und Leistungstransparenz wurde weitgehend erreicht. Regierung und Verwaltung arbeiten mit verlässlichen Führungsinstrumenten.</i>																				
6.1	Wir wollen die Arbeit der Regierung und des Parlaments mit verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumenten unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Instrumente der Verwaltungsführung und der politischen Steuerung besser aufeinander abgestimmt werden und sich auf die wesentlichen Inhalte konzentrieren.																			
	<table border="1"> <thead> <tr> <th><i>Massnahmen:</i></th> <th><i>Verant-wortlich</i></th> <th><i>Termin</i></th> <th><i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.</td> <td>FD</td> <td>2007</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>Einführung von LOG (leistungsorientierte Gerichte) im Gerichtswesen.</td> <td>Oberge richt/Ver wal tungsge richt</td> <td>2006</td> <td>-</td> </tr> </tbody> </table>	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.	FD	2007	-	Einführung von LOG (leistungsorientierte Gerichte) im Gerichtswesen.	Oberge richt/Ver wal tungsge richt	2006	-							
<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>																	
Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.	FD	2007	-																	
Einführung von LOG (leistungsorientierte Gerichte) im Gerichtswesen.	Oberge richt/Ver wal tungsge richt	2006	-																	
6.2	Der Kanton Luzern soll künftig über ein ausgereiftes, durchgängiges System von politischer Steuerung und Verwaltungsführung mit einfachen Strukturen und klaren Abläufen verfügen																			

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
	Massnahme:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Einführung einheitlicher Instrumente für die betriebliche Führung der Departemente und Dienststellen.	FD	2006	-	Wir haben die Instrumente für die betriebliche Führung vereinheitlicht. Die Departemente setzen die neuen Instrumente ein.
7.	Können es andere besser oder kostengünstiger? <i>In den vergangenen Jahren haben wir die Arbeitsabläufe in der Zentralverwaltung transparenter gestaltet. Heute wissen wir weitgehend, was die Leistungen des Staates tatsächlich kosten.</i>				
7.1	Wir wollen abklären, ob sich durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Zentralverwaltung, die Verselbständigung einzelner Verwaltungseinheiten oder eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, anderen Gemeinwesen oder Privaten Kosten einsparen lassen. Anhand einzelner Bereiche oder Dienststellen (z.B. Spitäler, Strassenverkehrsamt) werden wir diese Möglichkeiten prüfen.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Wir erarbeiten dort, wo sinnvoll, neue Branchenlösungen (delegierter Vollzug der Betriebskontrollen, Qualitätskontrolle durch die Dienststelle Umwelt und Energie).	BUWD	2004 - 2007	-	Erfüllt; weitere Vereinbarungen wurden abgeschlossen; Weiterentwicklung in Arbeit.
	Neues Spitalgesetz	GSD	2007	4.3.1	
	Prüfen der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes.	JSD	2006	-	Das Projekt ist zurzeit in Bearbeitung.
	Reform 06	FD	2006	-	Die regierungsrätliche Kommission mit acht Grossräinnen und Grossräten hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird bis Mitte 2005 einen Bericht mit möglichen Reformprojekten zuhanden des Regierungsrates verfassen.
8.	Sicherheit als Daueraufgabe <i>Wir erachten den Schutz von Leib und Leben sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als eine unserer wichtigsten Daueraufgaben. Polizei und Strafverfolgungsbehörden haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Verschiedenen Untersuchungen belegen, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner sicher fühlen dürfen.</i>				
8.1	Die Polizei soll eine kantonale Aufgabe bleiben.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei gemäss Planungsbericht vom 27. Mai 2002	JSD	2006	1.1.4	Gemäss Planungsbericht vom 27. Mai 2002 war vorgesehen, den Personalbestand der Kapo Luzern in den Jahren 2004 – 2006 schrittweise um jährlich 8 Stellen (insgesamt 24 Stellen) aufzustocken. Die erste Tranche der Aufstockung konnte im Herbst 2004 realisiert werden. Die zweite Tranche konnte aufgrund der vom Regierungsrat getroffenen Sparmassnahmen nicht realisiert werden. Damit ist die Kantonspolizei nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag so zu erfüllen, wie er im erwähnten Planungsbericht dargestellt wurde. Eine Anpassung des Leistungsauftrages per Ende 2005 ist zwingend erforderlich.
8.2	Wir sorgen für eine gute Ausbildung der Polizei und unterstützen den Aufbau der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
	Ausbildung unserer Polizeirekruten an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch	JSD	2007	1.1.6	Mit dem Zustandekommen des Konkordats über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch sind die Voraussetzungen geschaffen, dass die Luzerner Polizeianwärterinnen und –anwärter ab Herbst 2007 in Hitzkirch ausgebildet werden können.
8.3	Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass die kantonalen Polizeikorps im Alltag und bei aussergewöhnlichen Ereignissen (z.B. WEF, Davos) noch enger zusammenarbeiten können.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Verstärkung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikorps, auch über die Zentralschweiz hinaus.	JSD	2004 - 2007		Mit dem Projekt Polizei XXI haben die zentral-schweizer Polizeidirektorinnen und –direktoren ein Projekt lanciert, das die Verbesserung und Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit in der Zentralschweiz zum Ziel hat. Bis Ende 2004 wurde eine eingehende Bestandesaufnahme erstellt. Im Verlauf des Jahres 2005 werden die Ziele und die Aufgabengebiete für eine verbesserte Zusammenarbeit definiert.
8.4	Wir sind überzeugt, dass insbesondere Sozial- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik wesentlich dazu beitragen, unsere Gesellschaft noch sicherer zu machen. Wir werden daher die Familien stärken. Dazu gehört unter anderem eine steuerliche Entlastung. Das Leitbild unserer Ausländer- und Integrationspolitik bleibt gültig. Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern (Leitbild).				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Einführung von Tagesstrukturen in der Volksschule.	BKD	ab 2005	2.1.3	Wir haben die Einführung umfassender Blockzeiten in der Volksschule ab Schuljahr 2006/07 beschlossen. Die Realisierung von familienexternen Betreuungsangeboten soll im Rahmen der vorgesehenen Teilrevision des Gesetzes über die Volksbildung geprüft werden.
	Unterstützung von Schulen mit hohem Anteil an Fremdsprachigen.	BKD	2005	2.1.3	Die Umsetzung erfolgt ab Schuljahr 2005/06 im Rahmen der Schulentwicklung nach 2005. Mit interessierten Schulen schliesst das Amt für Volksbildung eine Vereinbarung über die Unterstützungsmaßnahmen ab.
	Steuergesetzrevision I: Erhöhung der Abzüge für Familien mit Kindern.	FD	2004	-	Die Steuergesetzrevision mit höheren Kinderabzügen ist auf 1.1.2005 in Kraft getreten.
	Umsetzung des Leitbildes zur Ausländer- und Integrationspolitik (insbesondere Förderung der Einbürgerungen, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung des kantonalen Personals, Projektförderung und Bekämpfung des Missbrauchs im Ausländerrecht).	JSD	2007	-	Analyse und Konzept für die zentrale Vermittlung von Dolmetschern sind erarbeitet und durch den Regierungsrat beschlossen. Die Umsetzung ist für 2005 geplant. Es wurden 37 kleinere und grössere Integrationsprojekte unterstützt und Weiterbildungen bei verschiedenen Institutionen durchgeführt (HSA, SoBZ ganzer Kanton, Uni Luzern, SUVA etc.). Ein Konzept für eine Zentralschweizer Fachgruppe Integration ist erarbeitet. Der Beschluss der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) liegt vor, die Arbeitsgruppe ist konstituiert.

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen																		
9.	Bildung ist unsere Investition in die Zukunft <i>Das Schulangebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut und attraktiv. Dies verdanken wir in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern. Gut ausgebildete Menschen, die befähigt sind, die Zukunft zu meistern, sind unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb wollen wir unser Bildungsangebot immer wieder den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen anpassen.</i>																			
9.1	<p>Im Rahmen des Projekts „Schule in Diskussion“ haben wir uns grundsätzliche Überlegungen zum Volksschulunterricht gemacht und die Rolle aller Beteiligten geklärt. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt dienen als Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die weitere Schulentwicklung. Es ist unbestritten, dass das Unterrichtsangebot angepasst werden muss und eine stärkere Konzentration auf die wesentlichen Unterrichtsinhalte gewünscht wird. Welche Fremdsprachen wann in der Volksschule unterrichtet werden sollen, klären wir in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen ab. Dem Grossen Rat wurde ein Planungsbericht zu diesen Themen unterbreiten.</p>	<p>Gestützt auf die Behandlung des Planungsberichts über die Schulentwicklung nach 2005 haben wir verschiedene Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Volksschule getroffen. Die Projektarbeiten umfassen drei Hauptziele: Elementare Bildung, Lehren und Lernen sowie die Erprobung der Basisstufe. Die Fremdsprachenfrage ist im Rahmen der neuen Wochenstundentafel für die Primarstufe entschieden worden: Ab der 3. Primarklasse beginnen wir ab Schuljahr 2007/ 2008 neu mit dem Englischunterricht.</p>																		
	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Massnahmen:</th><th>Verant-wortlich</th><th>Termin</th><th>Bezug zur Haupt-aufgabe</th><th></th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.</td><td>BKD</td><td>2004</td><td>2.1.3</td><td>Den Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 haben wir im Frühjahr 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgte in der Septembersession 2004.</td></tr> <tr> <td>Planungsberichte über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) und über den PC-Einsatz in Schulen an den Grossen Rat.</td><td>BKD</td><td>2005</td><td>2.2.1, 2.2.2</td><td>Den Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen haben wir Ende November 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgt im Frühjahr 2005. Den Planungsbericht über den Computereinsatz an den Schulen werden wir Ihnen im Frühjahr 2005 unterbreiten.</td></tr> </tbody> </table>	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe		Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2004	2.1.3	Den Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 haben wir im Frühjahr 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgte in der Septembersession 2004.	Planungsberichte über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) und über den PC-Einsatz in Schulen an den Grossen Rat.	BKD	2005	2.2.1, 2.2.2	Den Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen haben wir Ende November 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgt im Frühjahr 2005. Den Planungsbericht über den Computereinsatz an den Schulen werden wir Ihnen im Frühjahr 2005 unterbreiten.				
Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe																	
Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2004	2.1.3	Den Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 haben wir im Frühjahr 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgte in der Septembersession 2004.																
Planungsberichte über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) und über den PC-Einsatz in Schulen an den Grossen Rat.	BKD	2005	2.2.1, 2.2.2	Den Planungsbericht über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen haben wir Ende November 2004 Ihrem Rat vorgelegt. Die Beratung erfolgt im Frühjahr 2005. Den Planungsbericht über den Computereinsatz an den Schulen werden wir Ihnen im Frühjahr 2005 unterbreiten.																
9.2	<p>Wir werden auch in Zukunft in allen Regionen des Kantons Luzern eine gymnasiale Maturitätsschule führen. Wir erachten es indessen als sinnvoll, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung breit zu überprüfen, bevor wir teure Neuinvestitionen vornehmen.</p>																			
	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Massnahmen:</th><th>Verant-wortlich</th><th>Termin</th><th>Bezug zur Haupt-aufgabe</th><th></th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Überprüfung des Gymnasialangebotes im Kanton Luzern. Bericht an den Regierungsrat.</td><td>BKD</td><td>2004</td><td>-</td><td>Die Überprüfung ist abgeschlossen. Das Resultat gemäss Regierungsratsbeschluss vom 26. 10. 04 zeigt, dass mit einer gänzlichen oder teilweisen Aufhebung der Untergymnasien weder ein Beitrag zur Lösung der Schulraumprobleme in der Agglomeration noch zur Entlastung des kantonalen Finanzaushaltes geleistet werden kann.</td></tr> <tr> <td>Konzentration der Mittelschulen im Seetal in Baldegg.</td><td>BKD</td><td>2006</td><td>2.2.10</td><td>Das Konkordat „Interkantonale Polizeischule Hitzkirch“ wurde unterzeichnet. Die Polizeischule wird im Herbst 2007 eröffnet. Im Sommer 2005 werden die beiden Teilschulen der Kantonalen Mittelschule (KMS) mit den bisherigen Standorten Hitzkirch und Hochdorf in Baldegg zusammengeführt. Gleichzeitig wird auch das Gymnasium Baldegg in die KMS integriert.</td></tr> </tbody> </table>	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe		Überprüfung des Gymnasialangebotes im Kanton Luzern. Bericht an den Regierungsrat.	BKD	2004	-	Die Überprüfung ist abgeschlossen. Das Resultat gemäss Regierungsratsbeschluss vom 26. 10. 04 zeigt, dass mit einer gänzlichen oder teilweisen Aufhebung der Untergymnasien weder ein Beitrag zur Lösung der Schulraumprobleme in der Agglomeration noch zur Entlastung des kantonalen Finanzaushaltes geleistet werden kann.	Konzentration der Mittelschulen im Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10	Das Konkordat „Interkantonale Polizeischule Hitzkirch“ wurde unterzeichnet. Die Polizeischule wird im Herbst 2007 eröffnet. Im Sommer 2005 werden die beiden Teilschulen der Kantonalen Mittelschule (KMS) mit den bisherigen Standorten Hitzkirch und Hochdorf in Baldegg zusammengeführt. Gleichzeitig wird auch das Gymnasium Baldegg in die KMS integriert.				
Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe																	
Überprüfung des Gymnasialangebotes im Kanton Luzern. Bericht an den Regierungsrat.	BKD	2004	-	Die Überprüfung ist abgeschlossen. Das Resultat gemäss Regierungsratsbeschluss vom 26. 10. 04 zeigt, dass mit einer gänzlichen oder teilweisen Aufhebung der Untergymnasien weder ein Beitrag zur Lösung der Schulraumprobleme in der Agglomeration noch zur Entlastung des kantonalen Finanzaushaltes geleistet werden kann.																
Konzentration der Mittelschulen im Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10	Das Konkordat „Interkantonale Polizeischule Hitzkirch“ wurde unterzeichnet. Die Polizeischule wird im Herbst 2007 eröffnet. Im Sommer 2005 werden die beiden Teilschulen der Kantonalen Mittelschule (KMS) mit den bisherigen Standorten Hitzkirch und Hochdorf in Baldegg zusammengeführt. Gleichzeitig wird auch das Gymnasium Baldegg in die KMS integriert.																

Nr.	Ziel					Zielerreichung/Bemerkungen			
		BKD	2006	2.1.8, 2.2.4, 2.2.5, 2.2.7					
	Bereitstellung der erforderlichen Infrastrukturen in der Agglomeration Luzern.				Die Arbeitsgruppe „Strategische Schulraumplanung“ hat dem Regierungsrat Mitte 2004 ihren Schlussbericht und im Oktober Ergänzungen dazu vorgelegt. Diese Ergebnisse werden mit den Standortüberlegungen zur Universität koordiniert, so dass im Laufe des Jahres 2005 ein Gesamtentscheid zur Lösung der Schulraumprobleme zu erwarten ist.				
9.3	Wir wollen den dualen Berufsbildungsweg stärken und die Partnerschaft mit der Wirtschaft intensivieren. Im schulischen Bereich beabsichtigen wir, Strukturen und Organisation der Berufsschulen im Kanton Luzern an die Erfordernisse des neuen Berufsbildungsgesetzes anzupassen.								
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>					
	Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) in sämtlichen Berufen.	BKD	2006	2.1.6, 2.2.11, 2.2.12, 2.2.13, 2.3.1	Die Vorbereitungen für die Umsetzung von fünf neuen Bildungsverordnungen im Jahre 2005 sind erfolgt. Die Umsetzung erfolgt per Schuljahr 2005/06.				
	Reorganisation der Berufsschulkreise und Berufszuordnungen.	BKD	2007	2.1.6	Unter Mitwirkung aller Berufsbildungspartner und breiter Kreise wurden konkrete Varianten für eine berufsfeldorientierte Schulortzuteilung erarbeitet. Der Entscheid wird für Frühjahr 2005 erwartet, die Umsetzung erfolgt ab Schuljahr 2006/07.				
	Errichtung der Fachmittelschulen (Nachfolge der Diplommittelschule DMS).	BKD	2005	-	Die Fachmittelschulen in Luzern und Sursee sind erfolgreich gestartet. Diejenige in Baldegg startet voraussichtlich im Schuljahr 2005/06.				
	Kantonalisierung der Baldegger Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Sursee.	BKD	2005	-	Die Kantonalisierung der Baldegger Schule für Gesundheits- und Krankenpflege ist erfolgt. Die Schule wird per 1.1.2005 ins Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe (AZG) integriert.				
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen.	BKD	2007	-	Ein gemeinsames Realisierungsprojekt von Stadt und Kanton Luzern ist gestartet worden. Der ProjektAuftrag ist erteilt, die Projektorganisation etabliert. Der Schlussbericht kann dem Regierungsrat voraussichtlich 2006 vorgelegt werden.				
9.4	Luzern soll zu einem Zentrum für Hochschulbildung werden und als solches auch wahrgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass unsere Universität mit ihren drei Fakultäten den Neubau am Kasernenplatz im Jahr 2008 beziehen kann. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Hochschulen untereinander enger und effizienter wird (Campus Luzern).								
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>					
	Massnahme zu Uni-Neubau siehe Ziel Nr. 9.7.			-					
	Konsequente Umsetzung der Uni-Strategie.	BKD	ab 2005	2.1.7, 2.2.6	Die vom Universitätsrat beschlossene strategische Entwicklung der Universität Luzern wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Die weitere Umsetzung der strategischen Planung ist abhängig von der Bewilligung des Budgets der Folgejahre.				
	Den „Offenen Campus“, den Hochschulsport und die Kinderkrippe weiterführen und konsolidieren. Das Schwergewicht der Zusammenarbeit wird auf die Nutzung von besonderen Kompetenzen und Synergien gelegt.	BKD	ab 2005	-	Alle Voraussetzungen zur Fortführung dieser Projekte wurden geschaffen. Das Schwergewicht wird auf die Nutzung von Synergien im Infrastrukturbereich gelegt.				

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
9.5	Bemerkung des Grossen Rates Eine Gesamtschulplanung (inkl. Musikschule) mit Kostenfolge soll für das ganze kantonale Bildungsangebot gemacht werden.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2004	2.1.3	Mit dem Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 haben wir die Weiterentwicklung der Volksschule in den nächsten zehn Jahren skizziert. Einen Planungsbericht über alle Schulstufen hinweg erachten wir aufgrund der zahlreichen Einflussfaktoren und offenen Fragen nicht als sinnvoll, hingegen sollen alle Schulstufen in enger Koordination weiterentwickelt werden. Über die Planung dieser Weiterentwicklung informieren wir Ihren Rat laufend.
9.6	Bemerkung des Grossen Rates Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Siehe Massnahmen unter Ziel Nr. 9.2.				Die Anforderungen für den Übertritt von der Primarschule in das Langzeitgymnasium werden konsequenter umgesetzt. Es werden günstige Voraussetzungen geschaffen, um den Übertritt ins Kurzzeitgymnasium nach der 2. Sek sicherzustellen. Angestrebt werden je 50% Übertritte an die Kurz- bzw. Langzeitgymnasien.
9.7	Bemerkung des Grossen Rates Das Uni-Projekt ist unter Berücksichtigung der neuen Ausgangslage zügig weiterzuentwickeln.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Spezialkommission eingesetzt, Bericht an den Grossen Rat.	FD in Zusammenarbeit mit BKD	2005	-	Die Universität Luzern soll im Postbetriebsgebäude beim Bahnhof gebaut werden. Diesen Standortentscheid hat der Regierungsrat gefällt. Er folgt damit der einstimmigen Empfehlung der grossräumlichen Spezialkommission. Das Nutzungskonzept für UNI, PHZ und Gymnasien wird weiter bearbeitet. Wir unterbreiten Ihnen in der Mäisession 2005 eine Projektierungskreditvorlage. Wir brechen anschliessend das Wettbewerbsverfahren Kasernenplatz ab. Die Provisorien im Union bewähren sich.
10.	Gesundheit muss bezahlbar sein <i>Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen ist heute meist eine Diskussion über steigende Kosten und Prämienerhöhungen. Das ärztliche und pflegerische Angebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut. Die Versicherten gelangen indessen allmählich an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.</i>				
10.1	Als grösster Anbieter von Gesundheitsleistungen im Kanton Luzern werden wir uns daher in erster Linie bemühen, die Kosten für unsere hochwertige Gesundheitsversorgung im Griff zu halten und – wo möglich – zu senken. Nur was wirtschaftlich, zweckmäßig und wirksam ist, soll in Zukunft von Kanton und Grundversicherung mitfinanziert werden.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	

Nr.	Ziel					Zielerreichung/Bemerkungen
		<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>		
10.1	Neues Abgeltungsmodell in den Akutspitätern (Ablösung der Tagespauschale durch ein Fallpauschalsystem (DRG)).	GSD	2005 - 2007	-		Die Entscheidungsgrundlagen zur Bestimmung des definitiven Einführungstermins liegen vor. Zurzeit werden dazu Gespräche mit den Versicherern geführt.
	Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung in den Spitätern.	GSD	2006 - 2007	4.1.1, 4.1.3, 4.1.6		Die Kostenträgerrechnung wird in allen Spitätern und Kliniken im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiterentwickelt. Die Anpassungen erfolgen nach dem schweizerischen Projekt REKOLE (Revision der Kosten- und Leistungsrechnung).
	Flächendeckende Leistungserfassung in den Spitätern.	GSD	2006 - 2007	4.1.6		Die Leistungserfassung ist am KSSW nahezu flächendeckend eingeführt. Am KSL braucht es noch zusätzliche Ressourcen, um dieses Ziel zu erreichen. In der Psychiatrie und in der Rehabilitation ist die Einführung der vollständigen Leistungserfassung noch nicht abgeschlossen.
	Einführung neuer Organisations- und Leistungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten (Massnahme ist integriert in den Planungsbericht Gesundheitsversorgung und im Spitalgesetz).	GSD	2005 - 2007	4.1.1, 4.2.1		Einführung neuer Organisations- und Leistungsstrukturen am Kantonsspital Luzern per 1.1.2005. Die entsprechende Änderung der Spitalverordnung hat der Regierungsrat vorgenommen. Einfluss auf neue Leistungs- und Organisationstrukturen in den übrigen öffentlichen Spitätern/Kliniken hat das neue Spitalgesetz.
10.2	Wir werden das Angebot in der Gesundheitsversorgung präziser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abstimmen und die Zusammenarbeit unter den öffentlichen und privaten Leistungsanbietern verbessern. In den Bereichen Einkauf, Personal, Logistik und Rechnungswesen können damit Synergien genutzt werden.					
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>		
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-		Der Planungsbericht wurde fristgerecht Mitte Jahr 2004 abgeliefert. Im Bericht wird aufgezeigt, wie die Qualität und Wirtschaftlichkeit noch verbessert werden können.
	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes	GSD	2006 - 2007	4.3.2		Der Regierungsrat verabschiedete am 19. Oktober 2004 eine Botschaft zum Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes (B 66). Die GASK wird im Januar 2005 die Beratungen der Vorlage aufnehmen.
	Neues Spitalgesetz.	GSD	2007	4.3.1		Das Gesundheits- und Sozialdepartement überarbeitet aufgrund der Vernehmlassungen den Entwurf zu einem neuen Spitalgesetz. Die Botschaft soll vor den Sommerferien 2005 verabschiedet werden.
10.3	Wir prüfen, ob das Zentrumsspital auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen anbieten muss.					
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>		
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2005	-		Siehe 10.2
10.4	Künftig sollen möglichst viele Patientinnen und Patienten ambulant statt stationär behandelt werden. Dies setzt voraus, dass ambulante und stationäre Medizin (Kliniken/Ärzte) sowie Pflege (Spitex/Heime) im Sinn einer eigentlichen Behandlungskette vernetzt werden.					
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>		

Nr.	Ziel				Zielerreichung/Bemerkungen
		GSD	2005	-	
	Diese Zielsetzung wird in den Berichten zur Pflegeheimplanung und zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) erörtert. Konkrete Massnahmen werden nach der Beratung durch den Grossen Rat festgelegt.				Der Entwurf der Pflegeheimplanung ist in der Vernehmlassung. Die Pflegeheimplanung wird durch den Regierungsrat zu verabschieden sein. Die vorgeschlagenen Massnahmen liegen zur Haupt-sache im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden.
10.5	Wir verzichten auf die Erstellung neuer Infrastrukturen, bauen Überkapazitäten ab und reduzieren – wo vertretbar – bestehende stationäre Angebote.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-	Siehe 10.2
	Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahres überproportional gestiegen. Wir sind daher dabei, ein Controlling aufzubauen um die Kosten besser zu steuern.	GSD	2005 - 2007	-	Die Abteilung Heimwesen im Kantonalen Sozialamt ist durch einen Finanzspezialisten verstärkt worden.
	Revision des Heimfinanzierungsgesetzes mit dem Ziel, neue Finanzierungsmodelle mit mehr Steuerungsmöglichkeiten einzuführen.	GSD	2007	5.3.1	Die Revision des Heimfinanzierungsgesetzes (HFG) ist eingeleitet.
10.6	Bemerkung des Grossen Rates Der Grosser Rat muss in der Versorgungsplanung und in der Spitalplanung besser eingebunden werden.				
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-	Siehe 10.2
10.7	Bemerkung des Grossen Rates Die Planung und Weiterentwicklung des luzernischen Spital- und Gesundheitswesens hat sich an den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern zu orientieren.				
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-	Siehe 10.2
11.	Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft				
11.1	Der Wirtschaft und ansiedlungswilligen Unternehmen stellt der Kanton Luzern eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine verlässliche Raumplanung, zügige Bewilligungsverfahren und moderate Steuern.				
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Erneuerung der amtlichen Vermessung.	BUWD	2005 - 2009	-	2004 wurden Fixpunktnetze im Kanton Luzern erneuert. 2005 wird schwerpunktmässig die amtliche Vermessung der Agglomeration Luzern in Angriff genommen.
	Gesamthaft Überprüfung Kantonaler Richtplan.	BUWD	2006 - 2008	-	2005 Controlling des Kantonalen Richtplans.
	Bereitstellung von Geodaten (GIS Kanton Luzern) und Raumkataster.	BUWD	2006 - 2008	-	Im Einklang mit dem Bund wurden Geobasisdaten definiert, die in den nächsten Jahren erhoben, gepflegt und nachgeführt werden.
	Umsetzung kantonale Energiepolitik auf der Basis des neuen Konzeptes.	BUWD	2005 - 2007	-	Der Planungsbericht Energie wird bis Mitte 2005 zuhanden des Regierungsrates erstellt.
	Abbau bürokratischer Hemmnisse in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft: Bildung einer Taskforce mit den Branchenvertretern zur Erarbeitung von Vorschlägen.	BUWD	2004 - 2005	-	Planungsbericht an den Grossen Rat verabschiedet; Massnahmen im Bereich KMU inkl. Landwirtschaft werden teilweise bereits 2005 umgesetzt.

Nr.	Ziel	Zielerreichung/Bemerkungen			
11.2	Altlastenuntersuchungen und Sanierungen vorantreiben.	BUWD	2007	7.1.1	Bis Ende 2005 ist der Kataster über Ablagerungen zu 30% erstellt.
	Kantonale Steuergesetzrevision I (siehe auch Ziel Nr. 13.4)	FD	2004	-	Die Steuergesetzrevision 2005 wurde per 1.1.2005 umgesetzt.
	Kantonale Steuergesetzrevision II (siehe auch Ziel Nr. 13.4)	FD	2008	9.1.2	Wir halten an der Steuergesetzrevision 2008 fest.
11.2	Die Luzerner Wirtschaft soll mittelfristig weniger abhängig von Tourismus und Landwirtschaft werden.	vgl. 11.5			
11.3	Massnahmen:	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Ausbau der Promotionsmassnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung (Ansiedlung neuer Betriebe im Kanton Luzern).	BUWD	2006 - 2009	8.1.2	Aktive Beteiligung an sämtlichen Promotionsveranstaltungen der Standortpromotion Zentralschweiz in den definierten Zielmärkten im Jahre 2004. Verstärkte Standortpräsentation sowie intensivierte PR und Kommunikation.
	Gemeinsam mit der Branche und Experten wird eine Strategie für die Landwirtschaft entwickelt mit dem Ziel, die Ressourcen optimal einsetzen zu können. Anschliessend Planungsbericht an den Grossen Rat und Gesetzesanpassungen.	BUWD BUWD BUWD	2004 2005 2006	-	Bericht über die Strategie des Kantons liegt vor; der Planungsbericht an den Grossen Rat ist für Herbst 2005 vorgesehen.
11.3	Bemerkung des Grossen Rates Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie wird fokussiert.				
11.4	Massnahme:	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Weiterentwicklung und Umsetzung Wirtschaftsförderungskonzept.	BUWD	2005 - 2006	8.1.2	Im Gang, teilweise umgesetzt
	Bemerkung des Grossen Rates Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Pflege des ländlichen Naherholungsraums werden als nachhaltige Wertschöpfung von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus anerkannt und gefördert.				
11.5	Massnahmen:	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	
	Umsetzung Agrarpolitik 2007.	BUWD	2007	-	Im Gang.
	Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe.	BUWD	2007	-	Planungsbericht in Vorbereitung; wird 2005 dem Grossen Rat unterbreitet.
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2007	-	Auslegeordnung betreffend Auswirkungen und Umsetzung im ländlichen Raum des Kantons im Jahre 2005 vorgesehen.
	Koordination Beiträge Naturschutz und Landwirtschaft weiterpflegen und optimieren.	BUWD	2004 - 2007	-	Teilweise erledigt; auf Kurs.
	Angepasste Nutzung nachwachsender Energieträger sicherstellen und fördern.	BUWD	2004 - 2007	-	Zentrum Holz-Promotion gegründet; eigentumsübergreifende Zusammenarbeit der Waldeigentümer in Vorbereitung.
11.5	Artenvielfalt sicherstellen sowie erforderlichen Schutz und ökologische Aufwertung der Landschaft fördern.	BUWD	2004 - 2007	-	Weitere ökologische Vernetzungsprojekte in der Landwirtschaft in Ausführung und Planung.
	Bemerkung des Grossen Rates Der Bestandespflege der bestehenden Betriebe ist die gleich hohe Priorität einzuräumen wie der Ansiedlung neuer Betriebe.				
	Massnahme:	<i>Verant-wortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Haupt-aufgabe</i>	

Nr.	Ziel				Zielerreichung/Bemerkungen
		Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Abstimmung Bestandespflege gemäss Wirtschaftsförderungs-Konzept mit den regionalen Partnern und Gemeinden.	BUWD	2004 - 2007	-	Die bestehenden Regionalen Wirtschaftsförderungen werden in das neue so genannte PPP-Modell (Privat Public Partnership) der Luzerner Wirtschaftsförderung integriert. Die Arbeit einer gemeinsam bestellten Taskforce soll bis Herbst 2005 vorliegen.
12.1	Agglomeration Luzern muss erreichbar bleiben. <i>Wir wollen die Mobilität sicherstellen, das heisst, den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr effizient, wirksam und umweltverträglich gestalten.</i>				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Umsetzung Gesamtstrategie Verkehr gemäss Letter of Understanding vom 26.6.2000.	BUWD		6.1.1, 6.1.2, 6.1.4	Umgesetzt: <ul style="list-style-type: none">▪ S-Bahn-Luzern 1. Etappe▪ Entwurf Agglomerationsprogramm Luzern▪ Machbarkeitsstudie Bypass Luzern und Ausschreibung Zweckmässigkeitsbeurteilung▪ Autobahnanschlüsse Emmen Süd: Baubeginn▪ Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg: Projektbereinigung und Auflageprojekt▪ S-Bahn-Luzern: Machbarkeitsstudie Teilausbau Rotsee
	Agglomerationsprogramm Luzern Massnahmenpaket zur Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung mit den Schwerpunkten Verkehr und Siedlungsplanung erarbeiten. Mifinanzierung durch Bund frühestens ab 2007.	BUWD	2005	-	Das Agglomerationsprogramm ist erarbeitet und wird dem Bund im Frühjahr 2005 zur Vorprüfung eingereicht.
12.2	We achten besonders darauf, dass die Agglomeration Luzern zugänglich bleibt und dass ihre Erreichbarkeit auch in Zukunft sichergestellt ist.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Neuer Autobahnanschluss Schlund mit neuem Zubringersystem zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Schlund.	BUWD	2004	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Die Erschliessung wurde Mitte 2004 fertig erstellt.
	Neuer Autobahnanschluss Rothenburg erschliesst den Entwicklungsschwerpunkt Rothenburg-Station (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2008	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Planauflage Autobahnanschluss im Februar 2005. Geplante Inbetriebnahme vorbehältlich Rechtswegbeschreitung Ende 2008.
	Neuer Autobahnanschluss Buchrain mit Zubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2010	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Botschaft über Sonderkredit für den Bau des Autobahnzubringers Rontal im Januar 2005 verabschiedet. Volksabstimmung im September 2005.
	Inbetriebnahme und Weiterausbau S-Bahn Luzern (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2004 - 2020	6.1.1, 6.1.2	Weiterausbau 2. Etappe 2005/06; vgl. 1.3.
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen.	BUWD	2003 - 2006	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Wir verweisen auf die Sonderkreditkontrolle.
12.3	Der Transitverkehr und ein wesentlicher Teil des regionalen Individualverkehrs sollen auf einem übergeordneten Strassennetz geführt werden, das die Erschliessung der fünf Subzentren und der regionalen Entwicklungsschwerpunkte sicherstellt.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen.	BUWD	2003 - 2006	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Wir verweisen auf die Sonderkreditkontrolle.

Nr.	Ziel				Zielerreichung/Bemerkungen
	Neue Finanzplanung Kantonsstrassen bis 2014.	BUWD	2004	-	Erfüllt, muss jedoch aufgrund der Ablehnung der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern angepasst werden.
12.4	Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd-Transitachse werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass im Grossraum Luzern der Transitverkehr vom Agglomerationsverkehr getrennt wird.	Massnahme:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe
	Neuer Bypass kurz stellt langfristige Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern sicher. Planungsarbeiten werden zusammen mit dem Bund aufgenommen.	BUWD BUWD	2004/05 2020	-	Start Zweckmässigkeitsbeurteilung ist im April 2005 vorgesehen. Abschluss Ende 2005, vgl. 12.1
▪ 1. Schritt: Zweckmässigkeitsprüfung ▪ Realisierung					
12.5	Unsere wichtigsten Vorhaben sind der weitere Ausbau der S-Bahn zur Kapazitätssteigerung im öffentlichen Regionalverkehr sowie die Erstellung der Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg.	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe
	Realisierung der 1. und 2. Etappe der S-Bahn Luzern.	BUWD	2007	6.1.1, 6.1.2	Weiterausbau 2. Etappe 2005/06; vgl. 1.3.
	Autobahnanschluss Buchrain und Zubringer Rontal: ▪ Genehmigung generelles Projekt durch Bundesrat ▪ Volksabstimmung Kredit ▪ Planauflage ▪ Genehmigung Detailprojekt UVEK ▪ Inbetriebnahme	BUWD	2004 2005 2005 2007 2010	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Projekt wurde im März 2004 eingereicht, mit der Genehmigung kann anfangs 2005 gerechnet werden
	Autobahnanschluss Rothenburg: ▪ Planauflage ▪ Projektbewilligung durch UVEK ▪ Inbetriebnahme unter Vorbehalt	BUWD	2005 2006 2008	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	Planauflage Autobahnanschluss Februar 2005. Geplante Inbetriebnahme vorbehältlich Rechtswegbeschreitung Ende 2008.
13.	Gesunde Finanzen und tragbare Steuern				
13.1	Wir wollen unsere erfolgreiche Finanzpolitik auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiterführen. Mit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik schaffen wir auch in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für ausgeglichene Staatsrechnungen. Der Selbstfinanzierungsgrad soll in der Periode 2004 bis 2008 jeweils über 100 Prozent betragen.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Zielsetzung wird in die IFAP- und Voranschlag-Vorgaben übernommen.	FD	2005 - 2008	-	Der Grosse Rat hat den IFAP 2005 – 2009 mit Ausnahme der Kostensteigerungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt teilweise genehmigt. U.a. ist folgende zusätzliche Auflage einzuhalten: Ab 2006 ist für die kommenden vier Jahre ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zwingend.
	Umsetzung Sparpaket 2005.	alle Dept., Gerichte, SK	2004 - 2007	-	Die finanziellen Folgen aus dem Sparpaket 2005 wurden in den Voranschlag 2005 und den IFAP 2005 – 2009 integriert.

Nr.	Ziel				Zielerreichung/Bemerkungen
		alle Dept., Gerichte, SK	2005		
	Projekt „Reform 2006“.				Die regierungsräliche Kommission, welche aus acht Grossräinnen und Grossräten besteht, hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird bis Mitte 2005 einen Bericht mit möglichen Reformprojekten zuhanden des Regierungsrates verfassen.
13.2	Die Verschuldung des Kantons soll bis Ende 2009 auf 750 Millionen Franken reduziert werden. Als Zwischenziel haben wir uns eine Verschuldung von 900 Millionen bis Ende 2007 gesetzt.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Verkauf von LUKB-Aktien und weiteren Wertschriften	FD	2004 - 2009	-	Wir haben bis zum Sommer 2004 40'000 LUKB-Aktien verkauft. Wir haben auf die Aktien der LUKB eine Umtauschanleihe im Umfang von 100 Millionen Franken herausgegeben. Der Wandelpreis von Fr. 227.50 ist überschritten (Stand Januar 2005). Bei einer vollständigen Wandlung kann der Kanton Luzern rund 450'000 Aktien platzieren. Der daraus resultierende Buchgewinn muss gemäss Umwandlungsgesetz zur zusätzlichen Schuldenabschreibung verwendet werden.
	Periodischer Abbau der Strassenschuld.	BUWD	2009	(vgl. im Kapitel IX. IFAP)	
	Realisierung eines Selbstfinanzierungsgrades von über 100% in den Jahren 2006 – 2009.	FD	2005 - 2009	-	Der Grosse Rat hat den IFAP 2005 – 2009 mit Ausnahme der Kostensteigerungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt teilweise genehmigt. U.a. ist folgende zusätzliche Auflage einzuhalten: Ab 2006 ist für die kommenden vier Jahre ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent zwingend.
	Konsequente Überprüfung des Liegenschaftsportfolios und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens.	FD	2004 - 2009	-	Wir aktualisieren das Verkaufsprogramm jährlich.
13.3	Wir halten daran fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern.				
	Massnahmen:	Verant-wortlich	Termin	Bezug zur Haupt-aufgabe	
	Kantonale Steuergesetzrevision I (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2005	-	Die Steuergesetzrevision 2005 wurde per 1.1.2005 umgesetzt.
	Kantonale Steuergesetzrevision II (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2008	9.3.1	Wir halten an der Steuergesetzrevision 2008 fest.